

Antrag Nr. 22-F-63-0077

Grüne, SPD, Linke und Volt

Betreff:

Auswirkungen der Energiesparmaßnahmen und steigender Energiepreise auf die Stadtverwaltung und die städtischen Gesellschaften
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 14.09.2022-

Antragstext:

Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Energiemärkte und Energieknappheit ist auch die Stadt Wiesbaden in der Verpflichtung, in großem Umfang Energie einzusparen. Der Magistrat hat kürzlich erste Ergebnisse der Presse vorgestellt. Neben der Frage der grundsätzlichen Verfügbarkeit von Energie ist mit Blick auf den Haushalt auch die Kostenentwicklung zu betrachten.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) welche Maßnahmen durch die Landeshauptstadt Wiesbaden und die städtischen Gesellschaften zur Gas- und Stromeinsparung beabsichtigt sind ergriffen wurden, und welche Einsparungserwartungen damit verbunden sind.
- 2) wie hoch - getrennt nach den einzelnen Ämtern der Landeshauptstadt und den städtischen Mehrheitsgesellschaften - die Energiekosten (möglichst getrennt nach Wärme und Strom) in 2021 waren und mit welcher Kostenentwicklung in 2022 und 2023 gerechnet wird.

Wiesbaden, 14.09.2022